

SOZIALSTRUKTURDATEN JENSEITS DER JUBELFEIERN

KOMMENTAR ZU EINSTELLUNGEN UND POSITIONEN ZUR EINHEIT IN OST UND WEST 25 JAHRE NACH DER WENDE

Von Cornelia Hildebrandt

Wie fühlen sich Menschen 25 Jahre nach der Wende in Ost oder West und was denken sie über die Einheit und darüber hinaus über das Land heute und ihre Stellung darin? Haben sich ihre Erwartungen erfüllt oder eher nicht, sehen sie sich als Gewinner oder Verlierer? Verstehen sie sich noch immer als Ostdeutsche oder nunmehr als Bundesbürger oder aber als Europäer? Das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut Berlin-Brandenburg publiziert seit 1992 empirische Studien zu Einstellungen, Lebensweisen und dem Lebensgefühl der Menschen in Ost und West und stellt nunmehr in seinem 13. Sozialreport die Ergebnisse des Jahres 2013/14 vor. Verteilt wurden 28.237 Fragebögen, 3.599 kamen zurück und 3.334 flossen als auswertbar in die Analyse ein.

Im Sozialreport 2014¹ geht es um die Sicht auf den Stand der Vereinigung 25 Jahre nach der Wende anhand solcher Kriterien wie

- die Bewertung des Verhältnisses von sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen – Vorzüge/Defizite,
- Meinungsbilder zur Realisierung des Grundgesetzziels «Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse» und zur Wahrung regionaler und kultureller Vielfalt,
- die Bewertung der Gleichstellung zwischen Ost und West,
- die Bewertung sozialpolitischer Entwicklungen und
- das Verhältnis von solidarischer und privater Daseinsvorsorge.

Aber es geht um mehr als nur um den Vergleich von Lebenslagen und um den Stand der deutschen Vereinigung. Die Untersuchungen liefern über darüber hinaus auch Informationen zur Wahrnehmung des heutigen Deutschlands – eine Zustandsbeschreibung seiner sozialen, politischen und demokratischen Verfasstheit. Und diese ist widersprüchlicher als die oft vereinfachte Wahrnehmung von Linken. Die Basis der Untersuchungen des Berlin-Brandenburger Forschungsinstitutes sind die um den direkten Ost-West-Vergleich erweiterte empirische Erhebung: «Leben in den neuen Bundesländern» seit 1990.

Wie also ist nun die Sicht auf das geeinte Deutschland und den eigenen Platz darin, auf neue und alte Probleme und Herausforderungen? Wie werden persönliche und gesellschaftliche Veränderungen im Guten wie im Schlechten wahrgenommen und verarbeitet, und in welchem Maße haben sie auch zu Veränderungen von Wertvorstellungen geführt?

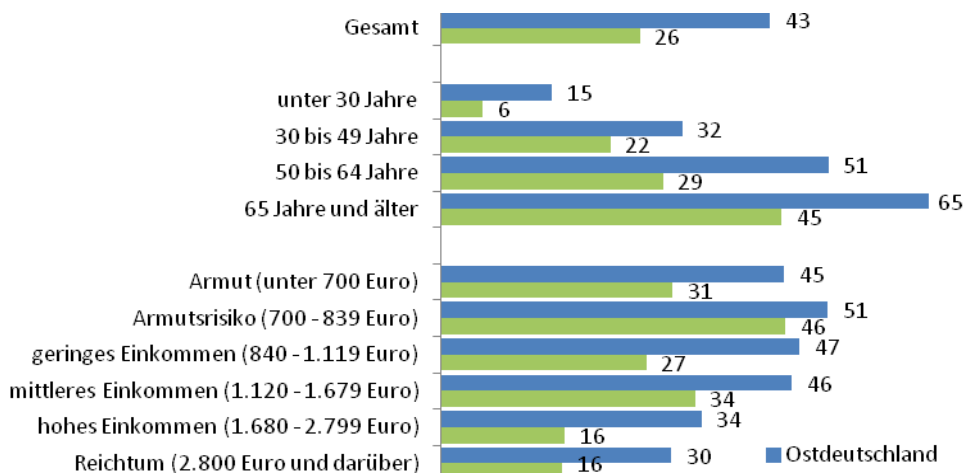
All dies sollte dringend berücksichtigt werden, wenn Linke – ungeachtet der Organisation – Angebote politischer Bildung unterbreiten wollen und wenn sie darüber nachdenken, stärker auch wieder jene zu erreichen, die zu den jüngeren Generationen zählen, oder jene, die gesellschaftlich und sozial ausgegrenzt sind und sich von demokratischer und politischer Teilhabe zum Teil selbst ausschließen, wie etwa bei Wahlen. Gerade wenn neue Organisationsformen und Kampagnen wie zu prekärer Arbeit und Lebensweise entwi-

¹ Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin Brandenburg e.V.: Sozialreport 2014. Daten und Fakten zur sozialen Lage. Die deutsche Vereinigung – 1990 bis 2014 – Positionen der Bürgerinnen und Bürger. Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg- Stiftung, Berlin 2014 (im Folgenden zitiert als Sozialreport 2014).

ckelt werden sollen, braucht es eine genauere Kenntnis darüber, was Menschen in Ost und West beschäftigt, was für sie wichtig ist, was sie bewegt. Dazu gehört das Wissen um die strukturell bedingten zunehmenden Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West, aber auch die noch bestehenden erheblichen Unterschiede zwischen, aber auch innerhalb der ostdeutschen und westdeutschen Bundesländer und ebenso die wachsenden Spaltungen zwischen denen, die Arbeit haben, und jenen, die erwerbslos sind, jenen, die viel oder nur wenig Geld besitzen, und zwischen den Generationen.

Aber zunächst zum Ost-West-Vergleich. Die ökonomischen Kennziffern beschreiben zwar geringer werdende Unterschiede. Dennoch sind sie noch immer erheblich und beeinflussen zugleich die Arbeitsmarktsituation in den ostdeutschen Ländern und mit diesen die soziale Situation vor Ort. Die Wirtschaftsleistung der ostdeutschen Bundesländer liegt bei 67 Prozent der Wirtschaftsleistung West, das Bruttoinlandsprodukt bei 66 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist im Osten Deutschlands noch immer bis zu vier Prozent höher und der Lohn dagegen beträgt 82 Prozent des westdeutschen Durchschnitts. Dies spiegelt sich selbstverständlich auch in den Ergebnissen der Studie wider: die Wahrnehmung der Differenzen als Geringschätzung ostdeutscher Herkunft – als Bürger zweiter Klasse. Seit der Durchsetzung der Hartz-Gesetze und der damit verbundenen Konsequenzen für die Sicherheit von Arbeitsplätzen und die Sozialeinkommen (reduziert auf die Höhe des Arbeitslosengelds II) sind nun beide Landesteile gleichermaßen von weitreichenden sozialen Veränderungen betroffen. Aber trotz dieser strukturellen Angleichungen haben sich die Wertvorstellungen nur wenig angenähert. Hier nur ein paar Beispiele: Während für 73 Prozent der westdeutschen Erwerbslosen Freiheit der wichtigste Wert ist, gilt dies nur für 46 Prozent der Erwerbslosen im Osten des Landes. Über 40 Prozent der Ostdeutschen setzen den Grundwert soziale Sicherheit auf Platz eins, im Westen sind dies nur 26 Prozent. Diese Differenzen, die in den vergangenen Jahren noch stärker ausgeprägt waren, ziehen sich bis heute durch alle Altersgruppen, wobei sie bei den Älteren besonders groß sind. So stößt bei über 65 Prozent der ostdeutschen Rentner soziale Sicherheit auf die größte Zustimmung, im Gegensatz zu 45 Prozent bei den westdeutschen Rentnern. Für 74 Prozent von ihnen ist Freiheit der wichtigste Wert.

Abbildung 1: Grundwert soziale Sicherheit - Vergabe als Rang 1- nach Alter, Einkommenslage und Regionen - 2014 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.) Quelle: Sozialreport 2014: 61

Bei der Bewertung der Ergebnisse des Jahres 2014 muss man allerdings bedenken, dass die Sicht der Ostdeutschen auf das heutige Deutschland und die eigene Stellung darin bei den jüngeren Generationen und jenen, die im erwerbsfähigen Alter sind, spätestens seit der Krise 2008/09 nicht mehr nur im Vergleich zur DDR erfolgt, sondern zunehmend auch andere europäische, insbesondere frühere staatssozialistische Länder und die dort häufig deutlich schlechtere ökonomische, soziale und politische Situation Berücksichtigung finden. Ungeachtet dessen bietet auch der diesjährige Sozialbericht eine Reihe bemerkenswerter Ergebnisse. Diese werden im Folgenden vorgestellt, wobei die Ausführungen als Kommentar zum Sozialreport 2014 zu verstehen sind.

INTERESSANTES ZUM HISTORISCHEN VERGLEICH

2014 betrachtet sich fast die Hälfte der West- und Ostdeutschen als Wendegewinner (Ost: 47 Prozent, West: 46 Prozent). Als Verlierer sehen sich lediglich 18 Prozent der Ostdeutschen und erstaunlicherweise jeder Fünfte (22 Prozent) in Westdeutschland. Ob man sich als Gewinner oder Verlierer begreift, hängt maßgeblich davon ab, ob man Arbeit hat oder nicht, von der Art des Beschäftigungsverhältnisses, vom Einkommen und vom Bildungsabschluss. Der insgesamt relativ geringe Anteil derjenigen im Osten, die sich als Verlierer der Einheit sehen, erscheint angesichts der niedrigeren Wirtschaftskraft, der geringeren Einkommen und Löhne sowie der höheren Arbeitslosigkeit zunächst verwunderlich. Offensichtlich wird vor dem Hintergrund der Arbeits- und Lebensverhältnisse in der DDR die heutige Gesamtsituation – trotz aller sichtbaren Zerstörung von Sozialstaatlichkeit – zumindest von etwa der Hälfte aller Befragten besser bewertet als zu DDR-Zeiten.

Das gilt in erster Linie für jene, die sich nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt behaupten müssen. So überrascht es nicht, dass gerade die über 65-Jährigen eine mehrheitlich positive Entwicklung sehen (56 Prozent ziehen eine positive Bilanz). Anders betrachten die heute 30-Jährigen diese Entwicklung: Nur 38 Prozent von ihnen ziehen eine positive Bilanz für einen Zeitraum, der längst von der Normalität der seit zehn Jahren (also einem Drittel ihrer Lebenszeit) durchgesetzten Hartz-Gesetze und den bisher bewältigten Krisen geprägt ist.

Die Autoren der Sozialberichte unterteilen die Zeitabschnitte nach 1989 in die Phase der Angleichung zwischen 1990 bis 1995, die Phase der Stabilisierung zwischen 1996 bis 1999, die Phase des Abschwungs von 2000 bis 2003, die Stagnationsphase zwischen 2004 und 2006, die Phase der Krisenbewältigung zwischen 2007 und 2009 und in die Phase des Aufschwungs seit 2011.

Die erste Phase zwischen 1990 bis 1995 wurde als eine Zeit des Zugewinns an sozialer Zufriedenheit erfahren, verbunden mit der Hoffnung auf die Angleichung der Lebensverhältnisse. Die rasch spürbaren Veränderungen wurden positiv gewertet. Dazu gehörten Verbesserungen bei der Wohnsituation angesichts des nicht bewältigten Wohnungsproblems in der DDR, neue Möglichkeiten individueller Freizeitgestaltung, einschließlich der Möglichkeit zu reisen, das Gesundheitswesen und das „Preis-Leistungs-Verhältnis“ – also das Verhältnis zwischen der Entwicklung des Einkommens und der Entwicklung der Lebenshaltungskosten.

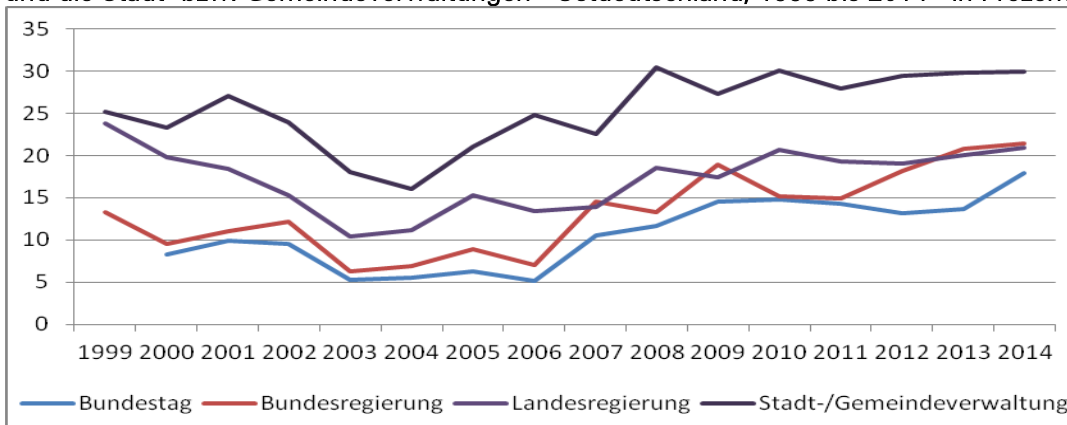
Die Phase der Zufriedenheit und überwiegend positiver Bewertungen hielt bis 1999 an. Einen besonderen Einschnitt stellte der spätestens 2003 einsetzende Um- und Rückbau des Sozialstaates und die Reform des Arbeitsmarktes durch die rot-grüne Regierung dar. Angesichts der seit 1989 zu bewältigenden gesamtgesellschaftlichen Umbrüche, die alle Arbeits- und Lebensbereiche betrafen und prägten und die für viele mit einer erzwungenen beruflichen Neuorientierung verbunden waren, und der mühevoll erreichten Konsolidierung in den 1990er Jahren mussten die Hartz-Gesetze zu einer erneuten tiefen Verunsicherung führen. Vor allem der mit den Hartz-IV-Gesetzen möglich gewordene «Absturz» aus nahezu allen Schichten auf das Niveau der Sozialhilfe musste als erneute Bedrohung und Destabilisierung verstanden werden, was nunmehr aber auf beide Teile Deutschlands zutraf. Wer sich bisher in Ost wie West auf dem Arbeitsmarkt nicht hatte behaupten können, hatte somit noch weniger Chancen, einen beruflichen (Wieder-)Einstieg über prekäre Beschäftigungsverhältnisse hinaus zu schaffen. Damit aber rückte die Aussicht auf die Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse auf dem Niveau der westdeutschen Bundesländer Anfang der 1990er Jahre für einen Großteil der Bevölkerung im Osten in weite Ferne. Diese tiefe Verunsicherung zeigt sich bis heute vor allem bei der Frage, inwieweit sich die Menschen als «Bundesbürger» verorten, und bei der Frage nach dem Vertrauen in die politischen Institutionen, wobei Erwerbslose, von Armut Betroffene oder Bedrohte hier die niedrigsten Zustimmungswerte zeigen.

Ein Viertel der Ostdeutschen fühlte sich zwischen 1990 und 2001 als «Bundesbürger». Dieser Wert sank bis 2004 deutlich unter 20 Prozent und stieg erst wieder seit 2006 an, erst auf 33 Prozent in den Krisenjahren 2009 bis 2011, 2014 lag er bei 33 Prozent. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten sieht sich heute weder als «Bundesbürger», noch will man die DDR zurück. Waren es zu Beginn der 1990er Jahre noch 10 Prozent, die das Leben in der DDR bevorzugten, stieg dieser Anteil in der Zeit zwischen 2001 und 2004 um 3 bis 4 Prozent an, um nach 2006 kontinuierlich auf 6 Prozent zu fallen. Wobei es weniger die Älteren sind, die sich nach der DDR sehnen, sondern eher jene, die von Armut betroffen oder bedroht sind, einen sozialen Abstieg erfahren haben oder diesen in den westdeutschen Bundesländern angesichts der nun drohenden qualifizierten ostdeutschen Konkurrenz befürchten müssen. Es sind vor allem drei Gruppen, die den

Prozess der deutschen Einheit eher ablehnen: Erwerbslose (33 Prozent), jene, die sich als Verlierer der deutschen Einheit verstehen (33 Prozent), und Ausländer (26 Prozent).

Auch die wirtschaftliche Lage des Landes wie auch die eigene wurde zwischen 2002 und 2005 deutlich schlechter bewertet als in den darauffolgenden Jahren. Die Werte hinsichtlich der Hoffnung auf wirtschaftliche Verbesserungen erreichten 2004 ihren absoluten Tiefpunkt. Diese schlechten Werte wurde selbst in den Jahren der Krise nicht mehr erreicht. Dies ging einher mit einem deutlich gesunkenen Vertrauen in die politischen Institutionen wie die Bundesregierung und den Bundestag. In den Jahren zwischen 2002/03 und 2006 sank der ohnehin schon niedrige Anteil derjenigen, die angaben, politischen Institutionen zu vertrauen, bei den Ostdeutschen besonders stark von 25 Prozent auf ein Niveau von 5 Prozent.

Abbildung 2: Volles und viel Vertrauen in die Bundesregierung, den Bundestag, die Länderregierungen und die Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen - Ostdeutschland, 1999 bis 2014 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 1990-2014 (gew.) Quelle: Sozialreport 2014: 45

Auch die Länderparlamente und Stadt- bzw. Gemeindevertretungen schnitten bei der Befragung nicht wesentlich besser ab, weil sich in dieser Zeit, konkret seit 2002, auch die Verbundenheit mit der eigenen Gemeinde oder Stadt und dem eigenen Bundesland aufzulösen begann. Dies muss sicherlich im Zusammenhang mit dem grundlegenden Wandel der sozialen Infrastrukturen sowie dem Niedergang der DDR-Industrie und infolgedessen mit den fehlenden oder nicht ausreichend neu geschaffenen Arbeitsplätzen betrachtet werden. Dazu kommt, dass in der Zeit von 1990 bis 2014 über 13 Prozent der Bevölkerung die ostdeutschen Bundesländer verlassen haben; ein Prozess, der erst seit 2013 in Sachsen, Brandenburg und Thüringen zum Beispiel gestoppt werden konnte.

Seit 2006 steigen die Werte der Zufriedenheit und bleiben bis 2014 weitgehend stabil. Das gilt auch für die Krisenjahre 2009 bis 2011, die deutlich geringere Auswirkungen auf die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage des Landes wie auch der eigenen individuellen Situation hatten als die sozialpolitischen Einschnitte von 2003 mit den Hartz-(IV)-Gesetzen. Den Antworten zufolge geht es seit 2006 – unterbrochen durch leichte Stagnationsphasen in Zeiten der Krise – für viele in den für sie wichtigsten Lebensbereichen (Arbeit, Bildung, Familie, soziale- und persönliche Sicherheit) weitgehend bergauf. Darauf verweisen die sich erhöhenden Durchschnittswerte bei der individuellen Lebenszufriedenheit, bei den Erwartungen hinsichtlich der Gestaltung verschiedener Lebensbereiche, den Erwartungen an Löhne, der persönlichen Sicherheit und Zufriedenheit auch mit dem Gesundheitswesen und ab 2011 auch wieder hinsichtlich der Erwartung, Arbeit zu finden.

Dies zeigt sich auch darin, dass sich immer mehr der Befragten als «Bundesbürger» begreifen. Zwar ist der Wert hier auch 2014 immer noch sehr niedrig, aber immerhin ist er unter den Ostdeutschen auf 33 Prozent angestiegen. Zudem wächst deren Vertrauen in die Bundesregierung und in den Bundestag. Letztlich spiegelt sich die zunehmende Zufriedenheit auch in den Ergebnissen der Bundestagswahl 2013 wider, gerade hier deutlich verknüpft mit dem Wunsch, dass dies so bleiben möge. Es solle sich möglichst nichts ändern. 2014 haben 54 Prozent in den neuen und 56 Prozent der Befragten in den alten Bundesländern angegeben, mit ihrem Leben insgesamt sehr zufrieden oder zufrieden zu sein. Das ist der höchste gemessene Wert für die neuen Länder seit 1990. Unzufrieden zeigen sich in den neuen Bundesländern nur 11 Prozent und in den alten 10 Prozent. Die Entwicklungen in Deutschland – sicherlich auch betrachtet vor dem Hintergrund der Lage in vielen ost- oder südeuropäischen Ländern – werden als positiv auch für das eigene Leben empfunden. Globale Gefährdungen wie die gewalttätigen Auseinandersetzungen in der arabischen Welt und der Konflikt in der Ukraine spiegeln sich (noch) nicht wider.

Anders ist es bei den wachsenden sozialen Spaltungen in Ost *und* West, die sehr wohl wahrgenommen und als *ein* Indikator zur Bewertung der Einheit herangezogen werden. Bei der Gesamtbewertung der deutschen Einheit spielen jedoch nicht nur die soziale Situation der Menschen oder der erreichte Stand bei der Angleichung der Lebensbedingungen eine Rolle, sondern auch das Vertrauen in die politischen Institutionen, die Zukunftserwartungen und die Gewichtung grundlegender Werte, das sich verändernde Zugehörigkeitsgefühl zum Land, zur Stadt oder zur Gemeinde, in der man wohnt.

Dabei werden natürlich auch die wachsenden sozialen Unterschiede wahrgenommen, und zwar vor allem von den Facharbeitern. Das kann auch nicht verwundern, wenn Facharbeiter durchschnittlich etwa 61 Prozent des Einkommens eines Akademikers erhalten. Die Autoren der Studie selbst verweisen außerdem auf eine OECD-Studie für Deutschland, in der eine Relation des Einkommens von Facharbeitern zu Akademikern von 74 Prozent angegeben wird. Sie selbst beziehen sich auf ein anderes verbreitetes Maß der Einkommensungleichheit – den Index Q80/20, bei dem die Summe der Einkommen der oberen 20 Prozent zur Summe der Einkommen der unteren 20 Prozent der Einkommensbezieher ins Verhältnis gesetzt wird. Dieser Wert beträgt im Osten 4,47 und im Westen 5,04. Das heißt, die oberen 20 Prozent verdienen 4,47-mal so viel wie die unteren 20 Prozent. Dieser Wert steigt in Deutschland und auch in den neuen Bundesländern stetig an – schlussfolgern auch die Autoren in der Studie.

Darüber hinaus ist dieser Wert bei oberen Einkommensgruppen in Ostdeutschland höher als bei vergleichbaren Einkommensgruppen im Westen. So gaben 30 Prozent der Ostdeutschen mit einem Einkommen über 2.800 Euro an, dass soziale Sicherheit für sie am wichtigsten ist, im Gegensatz zu 16 Prozent dieser Einkommensgruppe in Westdeutschland.

Dass es zwischen Ost und West unterschiedliche Vermögensverteilungen gibt, ist wenig überraschend. Aber nur wenige wissen, dass sich dies bereits bei den Auszubildenden zeigt. 63 Prozent der in Ausbildung befindlichen Jugendlichen in den westdeutschen Bundesländern haben Geldvermögen, im Osten sind es nur 33 Prozent.

ANGLEICHUNG DER LEBENSVERHÄLTNISSE

Angesichts dieser Unterschiede ist die Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Ost und West weiterhin eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Einig ist man sich in Ost und West weitgehend darüber, was mit Angleichung der Lebensverhältnisse gemeint ist. Über 90 Prozent der hierzu Befragten in beiden Teilen Deutschlands verstehen darunter: gleiche Chancen für alle auf dem Arbeitsmarkt und bei der Bildung und gleiche Bedingungen bei der Gesundheitsversorgung. Differenzen werden allerdings deutlich, wenn nach der «Richtung» der Angleichung gefragt wird.

Bei der Beantwortung dieser Frage zeigt sich im Vergleich zu den Angaben von 2010, dass die Menschen im Osten selbstbewusster geworden sind. Aber auch im Westen wuchs die Zustimmung für eine Angleichung «in beide Richtungen». 84 Prozent der Ostdeutschen (2010: 68 Prozent) meinen, dass die Angleichung in beide Richtungen erfolgen sollte. Bei den Westdeutschen waren es 2010 knapp über die Hälfte (53 Prozent), nunmehr sind es 65 Prozent. Außerdem finden 71 Prozent der Ostdeutschen, dass die «Übernahme positiver Errungenschaften oder auch Gutes aus der DDR» (ausreichend Kindergärten, Schulesen, Polikliniken) von Bedeutung ist. Dies ist sicherlich auch vor dem Hintergrund des erfahrenen Rückbaus oder des Fehlens sozialer Infrastrukturen, der Defizite im Bildungsbereich und bei öffentlichen Diensten, der Zunahme sozialer Ungleichheit und der deutlich wahrgenommenen Verschlechterung zwischenmenschlicher Beziehungen zu sehen.

Die Forderung nach einer Angleichung der Lebensverhältnisse geht einher mit einer wachsenden Akzeptanz weiterhin bestehender kultureller Unterschiede zwischen Ost und West. Diese Unterschiede betonen 60 Prozent der Ostdeutschen (2010: 55 Prozent) und 57 Prozent der Westdeutschen. Die Bedeutung einer Nord-Süd-Angleichung ist zwar gewachsen, aber vor dem Hintergrund der Ost-West-Unterschiede noch immer nachrangig. Immerhin fordern mehr als die Hälfte (57 Prozent) der Ostdeutschen und knapp die Hälfte der Westdeutschen (49 Prozent) eine Angleichung zwischen Nord und Süd.

Zugleich erwarten inzwischen 34 Prozent der Ostdeutschen keine Einkommensangleichung mehr, im Westen sind es 17 Prozent. Ein größerer Teil der Westdeutschen (knapp 40 Prozent) vermutet, dass eine Einkommensgleichheit erst in einem Zeitraum von sechs bis 20 Jahren erreicht werden wird. Konstant hingegen ist über den gesamten Betrachtungszeitraum der Anteil jener, die auch in 50 Jahren noch gravierende

Unterschiede zwischen Ost und West erwarten. 2014 waren dies 18 Prozent der Befragten in den ostdeutschen und 12 Prozent der Befragten in den westdeutschen Bundesländern.

WIE WIRD DIE ZUKUNFT GESEHEN? WELCHE ERWARTUNGEN GIBT ES?

Zu den Zielkriterien der Einheit gehört maßgeblich der Wert der Erwerbsarbeit, von der man leben können muss, und – hier vor allem für Ostdeutsche – das Ziel der Angleichung der Einkommen und Renten. 95 Prozent der Ostdeutschen stimmen diesem Kriterium der Einheit voll oder eher zu, etwas über die Hälfte (55 Prozent) der Westdeutschen. Aber gerade auf dem Feld der Arbeit erwarten mehr als ein Drittel im Osten (35 Prozent) und Westen (39 Prozent) für die Zukunft deutlich schlechtere Bedingungen.

Die Hälfte der Westdeutschen und über die Hälfte der Ostdeutschen befürchten negative Entwicklungen hinsichtlich «soziale Gerechtigkeit», mehr noch bei der Entwicklung von Löhnen/Einkommen und Preisen. Der Wert Gerechtigkeit ist nach dem Wert Freiheit der zweithöchste genannte Wert. Deutlich noch höher in Ost und West ist die Angst um die finanzielle Absicherung im Alter. 75 Prozent der Ostdeutschen und 77 Prozent der Westdeutschen machen sich Sorge um ihre Rente. Möglicherweise sind dies auch Indikatoren für eine durch die Krise verursachte Verunsicherung, die lange Zeit mit dem Verweis auf das «Erfolgsmodell Deutschland» verdrängt werden konnte, sich inzwischen jedoch längst bei einem Teil der Befragten festgesetzt hat. So erwartet jeder Vierte in Ost und West schlechtere Bedingungen, um ein gesundes Leben führen zu können. Über 30 Prozent in Ost und West erwarten Verschlechterungen für ihre Familien und über 40 Prozent (40 Prozent Ost, 44 West) für ihre Wohnsituation. Gerade dies Sorgen und Befürchtungen rund um die Wohnungsfrage haben in den letzten vier Jahren erheblich zugenommen.

Aber auch bei den sogenannten postmateriellen Werten werden eher Verschlechterungen als Verbesserungen gesehen. Ein Viertel in Ost und West äußert sich skeptisch zur demokratischen Entwicklung der Gesellschaft. Für ein knappes Drittel in Ost und West steht auch fest, dass sich die zwischenmenschlichen Beziehungen verschlechtert haben. Fast die Hälfte in den alten und neuen Bundesländern (je 47 Prozent) befürchten negative Entwicklungen in Bezug auf die Umwelt. Wobei sich hier die Problemsicht unter den Ostdeutschen zwischen 2010 und 2014 offenbar stark verändert hat. 2010 erwarteten hierzu lediglich 35 Prozent Verschlechterungen, heute ist es fast die Hälfte; in den westdeutschen Bundesländern blieben die diesbezüglichen Werte nahezu konstant.

Anhand *dieser* Werte erscheinen die Zukunftsaussichten der Menschen deutlich pessimistischer, als es die Befunde zur Zufriedenheit mit der Gegenwart zunächst hatten erwarten lassen. Zugleich wuchs der Anteil jener, die überwiegend hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, zwischen 2010 und 2014 von 13 auf 18 Prozent. Auch bei den Westdeutschen beträgt der Anteil der «Hoffnungsvollen» 18 Prozent. Zugleich ging in dieser Zeit der Anteil jener zurück, die überwiegend negative Entwicklungen erwarten. Dieser liegt 2014 in Ost und West bei 17 Prozent.

WICHTIGE ZIELE DER MENSCHEN IN OST UND WEST

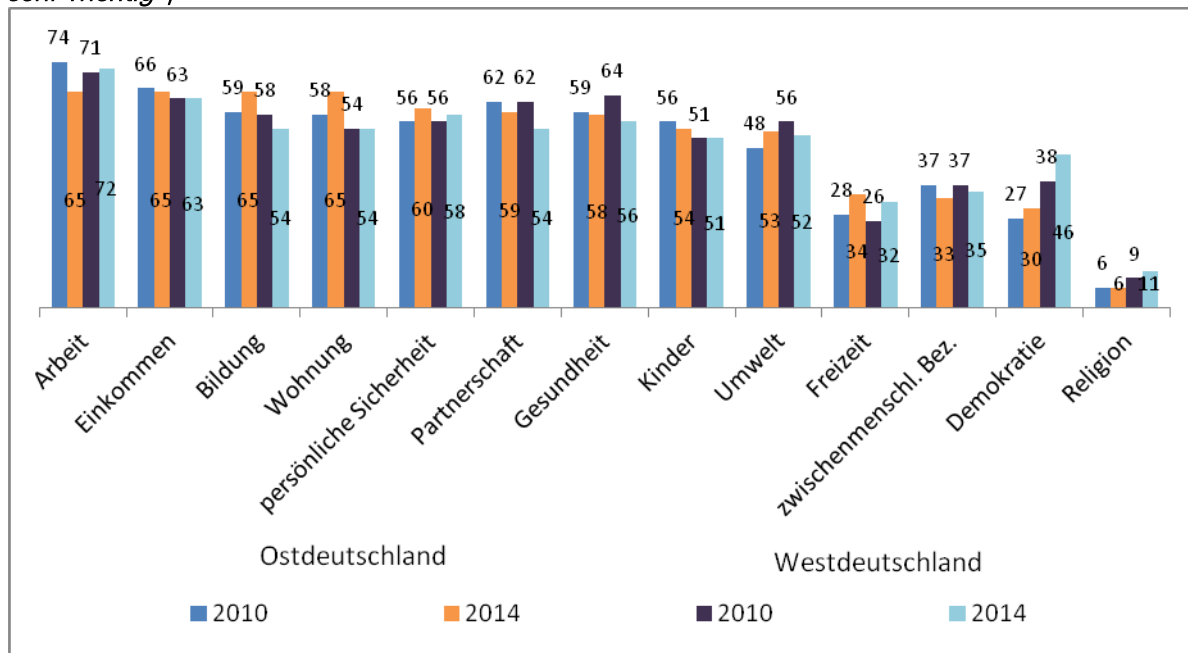
Was aber sind die Wünsche, die die Menschen mit der deutschen Vereinigung verbinden beziehungsweise was sind für sie ganz allgemein die wichtigsten Ziele gesellschaftlicher Entwicklungen? Bei der Aufzählung dessen, was wichtig ist, gibt es zwischen Ost und West große Ähnlichkeiten. Die höchsten Werte haben Arbeit, Einkommen, Bildung, Wohnen, persönliche Sicherheit. Das deckt sich zum Teil mit den Angaben zu Zielen der deutschen Einheit. Auch hier liegt der Wert «Arbeit, von der man leben kann» mit 92 Prozent bei den Ostdeutschen und 65 Prozent bei den Westdeutschen am höchsten. Allerdings ist schon interessant, dass der Arbeit (also im Vergleich zu Bildung, Einkommen etc.) 2010 noch von 74 Prozent der Ostdeutschen als wichtigster Wert genannt wurde und 2014 nur noch von 65 Prozent. Dennoch bleibt Arbeit auch weiterhin an erster Stelle und steht für gesellschaftliche Teilhabe und ein besonders wichtiges und die persönliche Identität prägendes Element.

Über 60 Prozent der Ostdeutschen messen Einkommen, Bildung und Wohnung nahezu die gleiche Bedeutung zu. Gerade das Thema Wohnung ist für die Ostdeutschen in den letzten Jahren jedoch immer wichtiger geworden: 2010 gaben noch 58 Prozent an, dass es für sie eine große Rolle spielt, 2014 waren es 65 Prozent. Hier zeigt sich der hohe Anteil von sozial Schwachen und Erwerbslosen an der Bevölkerung und

der Umstand, dass diese von steigenden Miet- und Nebenkosten besonders betroffen sind. Bei den Westdeutschen blieb dieser Wert mit 54 Prozent zwischen 2010 und 2014 in etwa gleich. Übrigens verfügen sowohl ein Viertel der Westdeutschen als auch ein Viertel der Ostdeutschen über Wohneigentum.

Darüber hinaus sind für die Ostdeutschen (mit Werten bei oder leicht unter 60 Prozent) persönliche Sicherheit, Partnerschaft und Gesundheit besonders wichtig. Kinder und Umwelt folgen mit 54 und 53 Prozent. Bei den Westdeutschen liegen Bildung, Wohnung, persönliche Sicherheit, Gesundheit, Kinder und Umwelt etwa gleich auf. Die Werte liegen hier ähnlich wie bei den Ostdeutschen leicht über 50 Prozent. Bemerkenswert ist, dass von nur etwa einem Drittel der Befragten die Werte Freizeit und zwischenmenschliche Beziehungen für wichtig erachtet werden.

Abbildung 3: Wertestrukturen - nach Region - 2010 und 2014 - in Prozent (nur Antwort: «... ist für mich sehr wichtig»)



Datenbasis: sfz/leben 2010 und 2014 (gew.) Quelle Sozialreport 2014: 73

Die Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands sind nur marginal, bis auf den Wert Demokratie, der in den alten Bundesländern zwischen 2010 und 2014 deutlich an Zustimmung gewonnen hat und nunmehr bei 46 Prozent liegt, unter Ostdeutschen bei 30 Prozent.

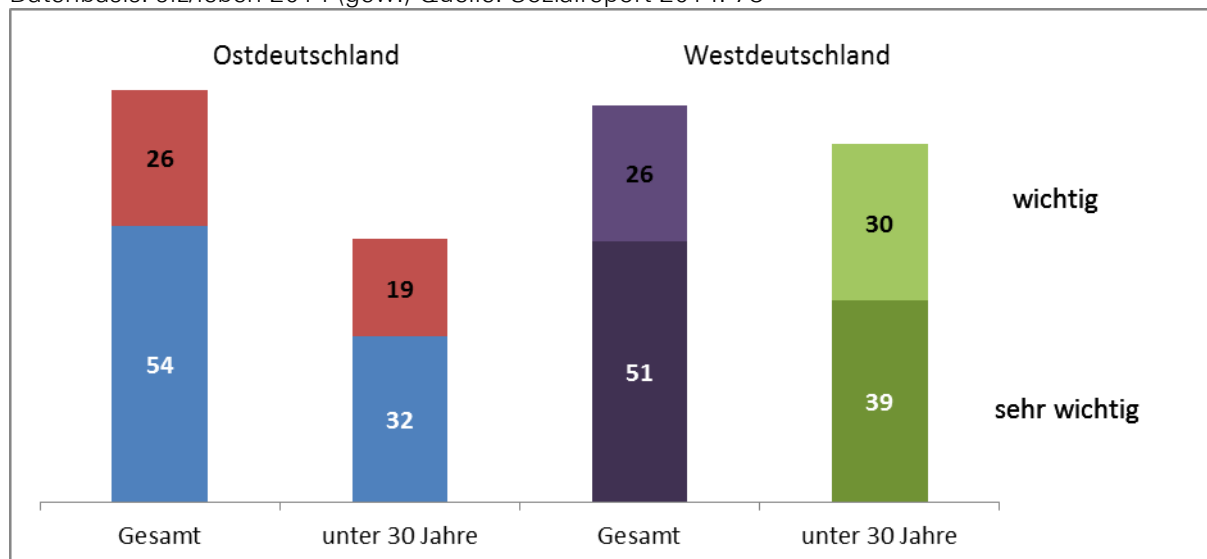
Gerade auch in den Umbruchjahren zeigte sich bei den Untersuchungen des Sozialreports, dass die Werte für Partnerschaft und Familie über die gesamte Zeit stabil blieben, erwartet wurden hier von den Befragten im Jahr 2014 eher Verbesserungen (15 Prozent) als Verschlechterungen (Ost: 9 Prozent, West: 13 Prozent). Dies deckt sich auch mit dem «wendebedingten» Einbruch der Scheidungsrate Anfang der 1990er Jahre,² wobei diese seit Ende der 1990er Jahre in den ostdeutschen Ländern wieder angestiegen ist und sich längst dem westdeutschen Wert angenähert hat.

Einen gleichbleibend hohen Stellenwert haben Kinder für über die Hälfte der Befragten in Ost und West. Dass Paare mit Kindern diese höher gewichteten (81 Prozent im Osten, 71 Prozent im Westen), versteht sich von selbst. Das gilt auch für Alleinerziehende (Ost: 61 Prozent, West: 74 Prozent). Dennoch nahm ab 2000 die Zufriedenheit mit dem «Leben mit Kindern» über Jahre ab. Erst nach 2006 stiegen die Werte hier wieder an. Allerdings erwartet jede/jeder Vierte in Ost wie West diesbezüglich Verschlechterungen. Möglicherweise ist das einer der Gründe dafür, warum nur noch 32 Prozent der Ostdeutschen unter 30 Jahren und 39 Prozent der Westdeutschen dieser Altersgruppe angeben, dass ein Leben mit Kindern für sie sehr wichtig sei.

² Gender-Datenreport im Auftrags des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, unter: <http://www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/genderreport/4-Familien-und-lebensformen-von-frauen-und-maennern/4-7-Trennungen-und-scheidungen/4-7-1-scheidungsraten.html>

Abbildung 4: Wert «Kinder» - nach Regionen - in Prozent - 2014

Datenbasis: sfz/leben 2014 (gew.) Quelle: Sozialreport 2014: 78



Befragt nach den sozialpolitischen Vorstellungen sind die Rangfolgen in Ost und West sehr ähnlich. Ganz oben stehen der gleichberechtigte Zugang zu Bildung und zu medizinischer Versorgung sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen, wobei Letzteres von den Ostdeutschen höher gewichtet wird. Auch sind es deutlich mehr Ostdeutsche, die eine Bekämpfung von Armut und eine Sicherung des Lebensstandards fordern. Außerdem wünschen sich 65 Prozent der Ostdeutschen und etwa die Hälfte der Westdeutschen die Einführung eines Mindesteinkommens. Nachrangig sind Forderungen nach Vollbeschäftigung, nach der Gleichstellung von Lebensformen sowie der Abschaffung der privaten Krankenversicherung.

Interessant sind – angesichts der zuvor genannten Prioritäten – die Antworten auf die Frage, wofür das Geld des Bundeshaushaltes eingesetzt werden sollte. Aus westdeutscher Sicht werden als wichtigste Felder genannt: Klimawandel (56 Prozent), Beschäftigungsförderung (56 Prozent), Bildung (53 Prozent) und Steuersenkungen (49 Prozent). Die geringste Bedeutung haben für sie die Angleichung Ost-West (9 Prozent), die Integration von Migranten (12 Prozent) und die Kulturförderung (7 Prozent). Für die Ostdeutschen gehören zu den wichtigsten Feldern die Angleichung Ost-West (56 Prozent), Steuersenkungen (48 Prozent) und Beschäftigungsförderung (46 Prozent). Auch für sie haben die Integration von Migranten (7 Prozent) und die Kulturförderung (9 Prozent) nur geringe Bedeutung.

ZU DEN GRUNDWERTEN DEMOKRATIE, FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT

Abgefragt wurden die folgenden Grundwerte: Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Gleichheit und Solidarität. Bei den Werten stellen die Autoren eine Annäherung der Überzeugungen der Menschen in Ost und West fest.

Über 80 Prozent der Menschen in beiden Teilen Deutschlands ist es wichtig, in einer demokratischen Gesellschaft zu leben (im Osten sind es 73 Prozent und im Westen 86 Prozent). Die Zustimmung zum Wert der Demokratie ist nicht nur, aber in beiden Teilen Deutschlands abhängig von sozialen Faktoren, das heißt von der Qualifikation und vom Einkommen. Die Zufriedenheit mit der praktizierten Demokratie und den politischen Institutionen ist dagegen sehr gering: Nur 28 Prozent sind insgesamt mit der praktizierten Demokratie zufrieden und 13 Prozent mit ihrem eigenen politischen Einfluss. Angemerkt sei hier jedoch, dass der Anteil derjenigen, die angeben, dass ihnen Demokratie nur «mittelwichtig» oder «weniger wichtig» ist, mit 27 Prozent im Osten deutlich höher liegt als in den westdeutschen Bundesländern mit 14 Prozent. Befragt danach, was für das persönliche Leben wichtig ist, nennen nur 30 Prozent der Ostdeutschen und 46 Prozent der Westdeutschen die Demokratie. Und fast 30 Prozent der Ostdeutschen und fast ein Viertel der Westdeutschen gehen davon aus, dass sich der Zustand der Demokratie verschlechtern wird. Perspektivische Verbesserungen erwarten lediglich 9 Prozent der Ostdeutschen und 12 Prozent der Westdeutschen. Diese tiefe Unzufriedenheit reflektiert auch das völlig unzureichende Vertrauen in die politischen Institutionen. Die höchsten Vertrauenswerte erhält der Bundespräsident (42 Prozent im Westen und 35 Prozent im

Osten). Dagegen geben nur 18 Prozent der Ostdeutschen an, volles oder viel Vertrauen in den Bundestag zu setzen, bei den Westdeutschen sind es 23 Prozent. Nicht viel besser fallen die Werte für die Bundesregierung aus: 22 Prozent der Ost- und 27 Prozent der Westdeutschen bringen ihr Vertrauen entgegen, wobei dieser Wert unter denjenigen, die mit der Demokratie grundsätzlich zufrieden sind, bei etwa 50 Prozent liegt.

Die niedrigsten Werte finden sich in Ost und West bei denjenigen, die sich als Verlierer der deutschen Einheit sehen (mit lediglich 4 Prozent bei den Ostdeutschen und 13 Prozent bei den Westdeutschen). 73 Prozent der «Wendeverlierer» im Osten und 56 Prozent im Westen haben wenig oder gar kein Vertrauen in den Bundestag. Nur ganze 5 Prozent der «Wendeverlierer» im Osten geben an, der Bundesregierung zu vertrauen, im Westen sind es immerhin noch 23 Prozent.

Der zweitniedrigste Zustimmung findet sich bei den Erwerbslosen: Hier liegen die Werte hinsichtlich des Vertrauens in den Bundestag bei 13 Prozent (Osten) und 18 Prozent (Westen), in Bezug auf Bundesregierung bei 12 Prozent beziehungsweise 19 Prozent. In der Gruppe mit einem Einkommen über 2.800 Euro ist Vertrauen in Bundestag und Bundesregierung in beiden Landesteilen am höchsten. Dennoch sind Vertrauenswerte um etwa 30 Prozent eher als gering anzusehen, und es ist schon ein Problem, wenn nur ein Drittel der «Einkommenseliten» des Landes dem Bundestag etwas zutraut. Etwas anders sieht das Verhältnis dieser Gruppe zur Bundesregierung aus: Hier liegen die Zustimmungswerte immerhin bei 38 Prozent im Westen und bei 33 Prozent im Osten.

Bei den Befragten mit Fach- und Hochschulabschluss sind die Unterschiede zwischen Ost und West beachtlich: 51 Prozent dieser Gruppe im Westen und nur 36 Prozent im Osten haben Vertrauen in den Bundespräsidenten. Beim Bundestag gaben 19 Prozent der Ostdeutschen dieser Gruppe an, Vertrauen zu haben, bei der Bundesregierung jede/r Vierte. Im Westen sind es jeweils 33 Prozent. Im Unterschied dazu sind übrigens die Vertrauenswerte gegenüber den Landesregierungen und mehr noch gegenüber den Stadt- und Gemeindevertretungen in der gesamten Untersuchungsperiode relativ stabil geblieben. Also gerade der kommunalen politischen Ebene wird das größte Vertrauen entgegengebracht – dort, wo man die Menschen kennt, wo es neben der parteipolitischen Zuordnung auf die Persönlichkeit von Politikern ankommt.

Erstaunlich ist, dass 25 Jahre nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus 63 Prozent der befragten Ostdeutschen keine Veränderungen des eigenen politischen Einflusses wahrnehmen. Lediglich für 15 Prozent haben sich die Möglichkeiten der eigenen politischen Einflussnahme verbessert, während 21 Prozent der Meinung sind, dass sich diese verschlechtert hätten. Von denen, die sich «sehr stark» für Politik interessieren, gehen 18 Prozent von mehr Einflussmöglichkeiten aus, während 29 Prozent Einbußen bei der Einflussnahme beklagen. Bei denen, die sich immerhin noch «stark» für Politik interessieren, sehen 20 Prozent einen verbesserten und 17 Prozent einen verschlechterten persönlichen Einfluss auf die Politik. Die Erwartungen an die künftige demokratische Entwicklung sind gering, nur 11 Prozent erwarten Verbesserungen. Dennoch ist das Interesse, sich einzubringen und zu engagieren, hoch: 52 Prozent sind der Meinung, dass man sich kontinuierlich an der Demokratie beteiligen sollte.

Als wichtigstes Mittel der gesellschaftlichen Einflussnahme wird im Osten und im Westen die Teilnahme an Volksabstimmungen genannt. Es folgt die Teilnahme an Wahlen, allerdings liegt hier der Wert in den ostdeutschen Bundesländern deutlich unter 50 Prozent und somit ähnlich hoch wie der Wert für die Teilnahme an Streiks (46 Prozent). Bemerkenswerte regionale Unterschiede lassen sich hinsichtlich der Gewichtung der Mitarbeit in Organisationen und Vereinen festhalten. Dieser Wert liegt im Westen mit 54 Prozent deutlich höher als in den ostdeutschen Bundesländern mit 46 Prozent. Die Möglichkeit, über die Mitarbeit in einer Partei politischen Einfluss zu nehmen, betonen 30 Prozent der Westdeutschen und ein etwas kleinerer Teil der Ostdeutschen. Angesichts der Tatsache, dass nur ein bis zwei Prozent der Bundesdeutschen tatsächlich in Parteien mitwirken, ist dies ein erstaunlich hoher Wert. Die Einflussmöglichkeiten über Medien – etwa über Zeitungen oder durch Beiträge im Internet – halten zwischen 15 und 17 Prozent für besonders wichtig. Damit werden deren Möglichkeiten politischer Einflussnahme als weniger zentral eingeschätzt als die der politischen Parteien.

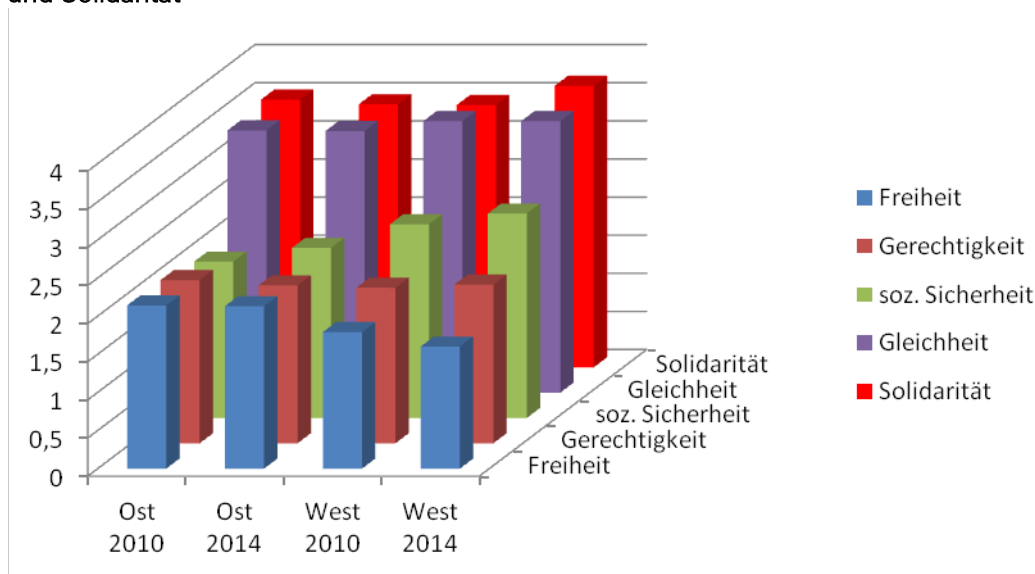
Ein starkes Interesse an Politik bekundet etwa ein Drittel aller Befragten, die den unteren Einkommenschichten zuzurechnen sind. In der oberen Einkommenschicht gibt es dagegen wahrnehmbare regionale Unterschiede: In Ostdeutschland sind es etwa 50 Prozent und in Westdeutschland etwas über 40 Prozent.

Das durchschnittliche Niveau des aktiven gesellschaftlichen Engagements in Ostdeutschland liegt bei 24 Prozent (bei politisch Interessierten 34 Prozent), im Westen bei 37 Prozent. Freiheit, soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Demokratie haben für die Menschen in Ost und West große Bedeutung. Gleichheit und Solidarität werden dagegen geringer gewichtet, sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern. Die Autoren der Studie deuten dies so, dass der Wert Gleichheit infolge der Dominanz des Leistungsprinzips vom Wert der Gerechtigkeit zunehmend verdrängt und unter Solidarität vor allem internationale Solidarität verstanden werde.

Interessant sind die Veränderungen bei der Rangfolge der fünf Grundwerte zwischen 2010 und 2014, vor allem in den ostdeutschen Bundesländern. Bei den Ostdeutschen stand 2010 der Wert soziale Sicherheit an erster Stelle, es folgten zusammen auf Platz zwei Freiheit und Gerechtigkeit. Erst dahinter fanden sich Gleichheit und an letzter Stelle Solidarität. 2014 stehen soziale Gerechtigkeit und Freiheit auf den ersten beiden Plätzen. Erst danach kommt der Wert der sozialen Sicherheit. Es folgen wie 2010 Gleichheit und Solidarität. Während also 2010 die Ostdeutschen dem Wert soziale Sicherheit noch das größte Gewicht beimaßen, verschob sich dies 2014 zugunsten sozialer Gerechtigkeit und Freiheit. Für die Westdeutschen hatte der Wert der Freiheit in beiden Untersuchungsjahren höchste Priorität gegenüber den anderen abgefragten Werten. Auch für sie waren 2010 und 2014 Gleichheit und Solidarität nachrangige Werte. Anders der Wert soziale Gerechtigkeit, der nach Freiheit 2010 wie auch 2014 gleichbleibend hoch gewichtet wurde.

Unterschiede gibt es auch zwischen den Generationen: Während der Wert der Freiheit bei den Jugendlichen unter 30 Jahren die höchste Gewichtung in Ost wie West erfährt, ist es bei den Älteren (über 65 Jahren) der Wert der sozialen Sicherheit. Dieser Wert liegt in allen Alters- und Einkommensgruppen im Osten deutlich höher als in den westdeutschen Bundesländern. Selbst bei jenen mit hohen Einkommen liegt dieser Wert mit etwa 30 Prozent im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern noch doppelt so hoch.

Abbildung 5: Zuordnung (Rangfolge 1 bis 5) der Grundwerte, Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Gleichheit und Solidarität



Quelle: Sozialreport 2014, eigene Darstellung

ABGESCHWÄCHTE SOLIDARITÄT

Ausgerechnet die in der Vergangenheit aber auch heute noch so wichtigen Werte der Linken Gleichheit und Solidarität sind, folgt man den Umfrageergebnissen, gegenüber Freiheit und Gerechtigkeit nachrangig. Vor allem der Wert Solidarität wird in Ost und West relativ schwach gewichtet. Dies korreliert auch mit anderen Befunden des Sozialreports. Fast zwei Drittel der Ostdeutschen, die sich als Gewinner der Einheit sehen, fordern Angleichungen bei den Einkommen und Renten in Ost und West, im Vergleich zu 51 Prozent der «Einheitsgewinner» im Westen. Bei den «Verlierern» ist der Unterschied noch größer: 90 Prozent der «Wendeverlierer» im Osten und nur 37 Prozent der «Wendeverlierer» im Westen unterstützen diese Forderung.

Die Forderung, «statt Aufbau Ost strukturschwache Regionen [zu] fördern», unterstützt eine deutliche Mehrheit der «Gewinner» in Osten (61 Prozent) und im Westen (69 Prozent), aber auch über die Hälfte jener in beiden Landesteilen, die sich als Verlierer der Einheit erleben. Bedenklich sind jedoch die Antworten auf die Frage, wofür Mittel des Bundeshaushalts verwendet werden sollten, wenn man sie in Bezug auf die Bereitschaft betrachtet, Geld für Migranten auszugeben. Lediglich 12 Prozent der Westdeutschen und nur 7 Prozent der Ostdeutschen sind der Auffassung, dass die Integration von Migranten bei den Überlegungen zur Verteilung der Finanzmittel berücksichtigt werden müsste.

Aber auch Solidarität als eine besondere Qualität zwischenmenschlicher Beziehungen steht nicht mehr besonders hoch im Kurs. Diejenigen, die die Veränderungen in den zwischenmenschlichen Beziehungen am negativsten einschätzen, sind jene, die am stärksten von einem funktionierenden gesellschaftlichen Umfeld abhängig sind. Dazu gehören 44 Prozent der Erwerbslosen, 40 Prozent der Alleinerziehenden und ebenso viele Menschen mit geringem Einkommen sowie 33 Prozent der Familien mit Kindern. Ebenfalls überdurchschnittlich negativ (35 Prozent) bewerten die Veränderungen von zwischenmenschlichen Beziehungen Menschen, die zum Zeitpunkt der Wende zwischen 15 und 24 Jahre alt waren. Die Autoren der Studie vermuten in vielen Fällen, dass «Wendeerfahrungen» das kapitalismuskritische Weltbild, mit dem viele dieser Menschen aufgewachsen sind, noch verstärkt haben könnten.

Die folgenden Ausführungen stellen den Versuch dar, anhand der Daten des Sozialreports 2014 einzelne Gruppen zu «typologisieren» und näher zu beschreiben. Dass hierbei eine Auswahl getroffen wurde und viele Aspekte nicht berücksichtigt werden konnten, sei kurz angemerkt.

DIE GEWINNER DER DEUTSCHEN EINHEIT

Zu diesen rechnen sich 46 Prozent der Ost- und 47 Prozent der Westdeutschen. Zu diesen zählen im Westen jene Gruppen mit einem Einkommen ab 1.680 Euro, aber auch knapp 50 Prozent mit geringen Einkommen. Wobei im Westen erstaunlicher Weise in *allen* Einkommensgruppen der Anteil jener überwiegt, die sich selbst als Gewinner der Einheit sehen. Das ist im Osten nicht so. Auch dort zählen sich tendenziell die oberen Einkommensgruppen zu den Gewinnern der Einheit. Das gilt auch noch für die Hälfte aller mit mittleren Einkommen, das heißt diejenigen, die im Monat zwischen 1.120 und 1.679 Euro zur Verfügung haben. Das gilt jedoch nicht mehr für Menschen mit geringen Einkommen, für jene die in Armut lebenden oder von dieser bedroht sind. In diesen Gruppen ist der Anteil der «Verlierer» deutlich höher als der «Gewinner». Dennoch sieht sich jeder fünfte oder jeder vierte der von Armut Bedrohten oder Betroffenen noch als Gewinner der Einheit.

55 Prozent dieser Gruppe der «Gewinner» verstehen sich selbst als «Bundesbürger». Für die «Gewinner» der Einheit ist «Arbeit, von der man leben kann» sowohl im Osten als auch im Westen der höchste Wert. Es folgen im Osten «gleiche Einkommen» mit 73 Prozent und «gleiche berufliche Chancen» mit 70 Prozent. Für die westdeutschen «Wendegewinner» ist die «Förderung strukturschwacher Regionen» mit 69 Prozent der zweithöchste Wert, im Osten beträgt er 61 Prozent. Aber auch die Forderung nach gleichen beruflichen Chancen in Ost und West wird von mehr als der Hälfte (57 Prozent) der Westdeutschen geteilt.

DIE VERLIERER DER DEUTSCHEN EINHEIT

Als Verlierer sehen sich 18 Prozent der Ostdeutschen und 22 Prozent der Westdeutschen. In den westdeutschen Bundesländern ist ihr Anteil mit 38 Prozent am höchsten in jener Gruppe, die von Armut bedroht ist, also über ein Monatseinkommen von 700 bis 839 Euro verfügt. Es folgt die Gruppe mit geringem Einkommen (840 bis 1.119 Euro) mit 27 Prozent, dann diejenigen mit mittleren Einkommen und erst danach jene, die von Armut betroffen sind. Im Osten dagegen sieht sich mit 37 Prozent die Gruppe derjenigen Menschen, die in Armut leben, am stärksten als Wendeverlierer, es folgt die der von Armut Bedrohten und dann jene mit geringen Einkommen.

Diejenigen, die sich selbst als Verlierer der Einheit begreifen, haben ein besonders geringes Vertrauen in die politischen Institutionen des Landes. Die Vertrauenswerte in Bezug auf den Bundespräsidenten liegen im Osten bei 20 und im Westen bei 28 Prozent. Nur 4 Prozent im Osten und nur 13 Prozent im Westen haben Vertrauen in den Bundestag, nur 22 Prozent im Osten und nur 14 Prozent im Westen in die Bundesregierung. 73 Prozent der Ostdeutschen von ihnen haben kein Vertrauen in den Bundestag und 72 Prozent

auch kein Vertrauen in die Bundesregierung. Nur 12 Prozent im Osten und 19 Prozent im Westen haben etwas Vertrauen in die Landesparlamente.

Für 90 Prozent der ostdeutschen «Wendeverlierer» sind «Arbeit, von der man leben kann», «gleiche berufliche Chancen» in Ost und West (83 Prozent) und «gleiche Einkommen und Renten» in Ost und West (90 Prozent) die wichtigsten Kriterien zur Beurteilung des Stands der deutschen Einheit. Auch für die westdeutschen «Wendeverlierer» hat die Arbeit mit 64 Prozent den höchsten Wert. Hinsichtlich der beruflichen Chancen wie auch bei der Frage der Einkommen unterscheidet sich diese Gruppe im Westen von jener im Osten Deutschlands. Nur für 41 Prozent sind «gleiche berufliche Chancen» und nur für 37 Prozent «gleiche Einkommen» wichtig. Wichtiger als «Aufbau Ost» sind ihnen die Förderung strukturschwacher Regionen. Diese Ansicht teilt über der Hälfte der Ostdeutschen dieser Gruppe, wenn auch nicht so stark im Verhältnis zu anderen Werten. Ihnen ist gleiches Vermögen in Ost und West (17 Prozent Zustimmung) deutlich weniger wichtig als der Gruppe der «Wendeverlierer» in den ostdeutschen Bundesländern (46 Prozent Zustimmung).

Was ihre Zukunftsperspektiven betrifft, so bewerten diese nur 8 Prozent der «Verlierer» in den neuen Bundesländern als positiv. Im Westen sind es immerhin 15 Prozent. Befragt nach den Perspektiven für die nächsten Wochen und Jahre, so überwiegen in Ost und West mit je 34 Prozent die Befürchtungen. Noch pessimistischer wird von 45 Prozent der Ostdeutschen die Entwicklung der nächsten fünf Jahre betrachtet.

FRAUEN VERSUS MÄNNER

Frauen sind in ihren Einschätzungen deutlich pessimistischer als Männer. Und das nicht ohne Grund. Der Unterschied des individuellen Nettoeinkommens von Frauen und Männern (bezogen auf alle Einkommensarten, also einschließlich Renten und Transferleistungen) beträgt im Osten 78 Prozent, im Westen 59 Prozent. 20 Prozent der Frauen in den ostdeutschen Bundesländern leben in Armut oder sind von Armut bedroht. In den westlichen Bundesländern sind es 16 Prozent. 11,9 Prozent der Frauen in den neuen und 9 Prozent in den alten Bundesländern sind erwerbslos. Bei den Männern sind es 11,7 Prozent beziehungsweise 8,1 Prozent. Frauen verdienen immer noch nur 62 Prozent des Einkommens der Männer. Kein Wunder also, dass nur 38 Prozent der Frauen im Osten und 46 Prozent der Frauen im Westen ihre wirtschaftliche Lage als gut bewerten. Bei den Männern sind es 46 Prozent in Ostdeutschland und 50 Prozent im Westen des Landes. Die Rente der Frauen in den ostdeutschen Bundesländern entspricht 96 Prozent der Renten für Frauen im Westen. Zugleich verdienen erwerbstätige Frauen mit 1.497 Euro im Osten etwas mehr (103 Prozent) als im Westen (1.443 Euro). Die Autoren sehen als einen Grund den höheren Anteil von Teilzeitbeschäftigung unter Frauen in den alten Bundesländern.

Allerdings erwarten nur 14 Prozent der Frauen in den ostdeutschen Bundesländern und 21 Prozent der Frauen in den westlichen Bundesländern für die nächsten fünf Jahre Verbesserungen ihrer Lebenssituation. Bei den Männern sind es immerhin 21 Prozent beziehungsweise 22 Prozent. Während sich bei den Zukunftsperspektiven im Osten doch sehr deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern zeigen, gibt diese im Westen so nicht. Für 52 Prozent der Männer ist Freiheit der wichtigste Wert. Das gilt nur für 45 Prozent der Frauen. Eine bezahlbare Wohnung ist für 71 Prozent der Frauen wichtig und für 58 Prozent der Männer, wobei dieser Wert die sich dramatisch verschlechternden Aussichten auf bezahlbaren Wohnraum widerspiegelt. So befürchteten 2010 nur 14 Prozent der Befragten, Verschlechterungen beim Wohnen in Kauf nehmen zu müssen, 2014 liegt dieser Wert bei 40 Prozent.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern wird zwar deutlich häufiger von Frauen (77 Prozent) als von Männern (61 Prozent) als erste Priorität genannt. Auch die Gleichstellung von verschiedenen Lebensformen wird von der Hälfte der Frauen, aber nur von 38 Prozent der Männer gefordert. Frauen gewichten auch «eine saubere und intakte Umwelt» in den ostdeutschen Bundesländern deutlich höher als Männer. Das gilt abgeschwächt auch für die alten Bundesländer. Während nur 11 Prozent der Frauen mit ihren Möglichkeiten der politischen Einflussnahme und ihrer sozialen Stellung zufrieden sind, sind es 15 Prozent der Männer. Bei der Bewertung der politischen Einflussnahme gibt es keine Unterschiede zwischen Ost und West, jedoch geringe zwischen Frauen und Männern. Während sich im Osten und Westen etwa die Hälfte der Männer an Politik interessiert zeigt, gilt dies nur für knapp jede dritte Frau.

DIE GRUPPE DER AKADEMIKER (JENE MIT FACH- UND HOCHSCHULABSCHLUSS)

70 Prozent der Akademiker geben an, mit ihrem Leben zufrieden zu sein. Insgesamt 63 Prozent ziehen eine positive Bilanz der deutschen Einheit. 37,5 Prozent der Akademiker in Ost und West arbeiten entsprechend ihrer Ausbildung, ein Viertel hat sich beruflich neu orientiert oder orientieren müssen. Lediglich 5,7 Prozent der befragten Akademiker im Osten und 3,9 Prozent dieser Gruppe im Westen sind arbeitslos. 31 Prozent sehen berufliche Veränderungen als halten diese für eine Chance, 22 Prozent sehen diese eher negativ. 40 Prozent beurteilen die wirtschaftliche Lage im Land positiv, 66 Prozent schätzen auch ihre eigene wirtschaftliche Lage so ein.

In dieser Gruppe ist das Vertrauen in die politischen Institutionen vor allem im Westen mit am höchsten, insgesamt dennoch recht niedrig. Nur 36 Prozent der Ostdeutschen dieser Gruppe haben Vertrauen in den Bundespräsidenten. Im Westen sind es 51 Prozent. Nur 19 Prozent im Osten, das heißt noch nicht einmal jeder fünfte ostdeutsche Akademiker, hat Vertrauen in den Bundestag, nur 25 Prozent geben an, der Bundesregierung zu vertrauen. Für 69 Prozent ist Bildung der wichtigste Wert. 57 Prozent der Ostdeutschen und 67 Prozent der Westdeutschen haben Geldvermögen. Lediglich 4 Prozent dieser Gruppe in Ostdeutschland leben in Armut, nur 2,2 Prozent im Westen sind von Armut betroffen.

DIE GRUPPE DER FACHARBEITER

Facharbeiter sind weniger optimistisch und zufrieden als Akademiker. Nur 44 Prozent der Facharbeiter bewerten die deutsche Einheit positiv. 46 Prozent der Facharbeiter im Westen und 42 Prozent der Facharbeiter Osten verfügen über Geldvermögen. In den neuen Bundesländern leben 11 Prozent dieser Gruppe in Armut, und 7 Prozent sind von Armut bedroht, im Westen des Landes sind es 7 beziehungsweise 5 Prozent. 39 Prozent geben an, dass der ökonomische Aufschwung im Land sich auch positiv auf ihre eigene wirtschaftliche Situation ausgewirkt habe.

Die Gruppe der Facharbeiter zeichnet sich durch eher negative Erfahrungen mit der Arbeit im erlernten Beruf aus (28,5 Prozent gaben positive und 36,9 Prozent negative Erfahrungen an). Zugleich ist für 72 Prozent im Osten (einer der höchsten Werte) und für 62 Prozent dieser Gruppe im Westen Arbeit der wichtigste Wert. Für 55 Prozent ist dies auch Bildung. Facharbeiter haben im Osten mit 38 Prozent das höchste Vertrauen in den Bundespräsidenten, im Westen sind es 44 Prozent. Allerdings nur 17 Prozent im Osten geben an, den Bundestagsabgeordneten zu vertrauen, bei der Bundesregierung sind es 21 Prozent.

ERWERBSTÄTIGE VERSUS ERWERBSLOSE

Die Erwerbsorientierung ist in beiden Teilen Deutschlands fast gleich hoch, die Frauen im Westen haben diesbezüglich aufgeholt. Die erwerbstätigen Männer im Osten des Landes verdienen 76 Prozent dessen, was erwerbstätige Männer im Westen verdienen. Anders bei den Frauen: Die ostdeutschen Frauen verdienen leicht mehr als erwerbstätige Frauen im Westen des Landes, bedingt durch den höheren Anteil von Teilzeitarbeit in den alten Bundesländern.

Fast die Hälfte der Erwerbstätigen ist zufrieden mit ihrer Arbeit, von denen, die infolge von Erwerbslosigkeit oder prekärer Beschäftigung einen sozialen Abstieg verkraften mussten, zeigen sich noch zu 46 Prozent zufrieden. Etwa bei der Hälfte fällt die Bilanz der deutschen Einheit positiv aus, im Gegensatz zu den Erwerbslosen, wo dies nur bei 12 Prozent der Fall ist. Jeder fünfte erwerbstätige Ostdeutsche hat Erfahrungen mit Deprivationen und prekärer Beschäftigung. Es sind vor allem die Arbeiter, die negative Erfahrungen machten (45 Prozent), bei den Angestellten sind es deutlich weniger (32 Prozent). «Viele Erwerbstätige (mehr als ein Drittel) verloren nach 1990 nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern auch die Möglichkeit, in ihrem erlernten Beruf zu arbeiten und mussten sich gänzlich umorientieren», heißt es im Sozialreport 2014 (S. 95). In der Gruppe der Beamten gaben übrigens nur 12 Prozent und bei den Selbständigen nur 15 Prozent Deprivationserfahrungen an. Knapp die Hälfte der Erwerbstätigen sieht ihre berufliche Entwicklung positiv. Allerdings erwarten auch 37 Prozent weitere Verschlechterungen der Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. 64 Prozent jener Erwerbstätigen, die von Armut bedroht sind, befürchten, ihre Stelle zu verlieren (bei denjenigen mit höheren Einkommen sind es nur 12 Prozent).

Die Förderung strukturschwacher Regionen in Ost und West anstelle des «Aufbaus Ost» unterstützen 65 Prozent der Erwerbstätigen, nur 5 Prozent lehnen diese Forderung ab. 76 Prozent der Erwerbstätigen im Osten fordern «gleiche Einkommen und Renten», im Westen sind es nur 37 Prozent. 37 Prozent der Erwerbstätigen im Osten und 32 im Westen interessieren sich für Politik, wobei gerade einmal 17 Prozent der Ostdeutschen dieser Gruppe nach 25 Jahren der Wiedervereinigung verbesserte Möglichkeiten der politischen Einflussnahme sehen (20 Prozent eher Verschlechterungen).

ZUR GRUPPE DER ERWERBSLOSEN

18 Prozent der Erwerbslosen in den neuen Bundesländern geben an, mit ihrem Leben zufrieden zu sein, 46 Prozent bezeichnen sich als unzufrieden. In den alten Bundesländern sind 63 Prozent unzufrieden. Sie beziehen knapp 40 Prozent des Einkommens der Erwerbstätigen in Ost und West. 73 Prozent der in Armut Lebenden sind arbeitslos. 63 Prozent sehen weniger Chancen, im eigenen Beruf zu arbeiten, 67 Prozent sehen eher keine Möglichkeiten des beruflichen Aufstiegs,³ und gerade einmal 7 Prozent gehen davon aus, ihr Einkommen in Zukunft verbessern zu können.

84 Prozent der Erwerbslosen in Ostdeutschland fordern «gleiche Einkommen und Renten» –im Westen sind es nur halb so viele. 44 Prozent der Erwerbslosen beklagen, dass sich die zwischenmenschlichen Beziehungen verschlechtert hätten. 12 Prozent der Ostdeutschen dieser Gruppe «wollen die DDR wiederhaben», das sind doppelt so viele wie im Durchschnitt. Aber auch fast jeder zehnte westdeutsche Erwerbslose (9 Prozent) möchte die Mauer wiederhaben. 33 Prozent der Arbeitslosen zeigen eine Abneigung gegen die deutsche Einheit.⁴ 30 Prozent der Arbeitslosen im Osten und über die Hälfte im Westen erwarten auch noch in 50 Jahren gravierende Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands – und somit eigentlich keine Angleichung der Lebensverhältnisse mehr.

29 Prozent erklären, dass sie sich für Politik interessieren. Allerdings sind die Vertrauenswerte in Bezug auf die politischen Institutionen in dieser Gruppe am schlechtesten: 13 Prozent im Osten und 19 Prozent im Westen vertrauen dem Bundestag, 12 Prozent im Osten und 18 Prozent im Westen der Bundesregierung. Sie halten auch nicht sehr viel von den Landesregierungen. Hier liegen die Vertrauenswerte im Osten bei 11 Prozent und im Westen bei 8 Prozent. 30 Prozent der Ostdeutschen dieser Gruppe und 51 Prozent im Westen meinen, dass es auch in 50 Jahren noch immer gravierende Unterschiede zwischen Ost und West geben wird. Der Forderung, strukturschwacher Regionen statt den «Aufbau Ost» zu fördern, stimmt etwa die Hälfte der Befragten zu, jeder Fünfte lehnt diese explizit ab.

Ein Viertel sieht Verschlechterungen der Bildungschancen. Für die Hälfte sind jedoch Bildung und Wissen sehr wichtig. 15 Prozent der Erwerbslosen erwarten eine Verschlechterung ihrer Wohnsituation. Allgemeine Verschlechterungen erwarten in der nächsten Zeit 21 Prozent der ostdeutschen und 36 Prozent der westdeutschen Arbeitslosen, dem stehen 13 Prozent noch «Hoffnung Habende» im Osten und 23 Prozent im Westen gegenüber. Erstaunlicherweise halten Erwerbslose im Westen den Wert Freiheit für wichtiger als die Erwerbstätigen. Anders in den neuen Bundesländern: Hier gewichten die Erwerbstätigen diesen weit stärker als Erwerbslose.

ALLEINERZIEHENDE

Nur 26 Prozent der Alleinerziehenden ziehen eine positive Bilanz der deutschen Einheit. Das Nettoeinkommen der Alleinerziehenden entspricht 74 Prozent des Einkommens von Familien, denen zwei Elternteile vorstehen. 72 Prozent und 52 Prozent der Alleinerziehenden im Westen haben kein Geldvermögen. Ein Drittel hat Erfahrungen mit prekärer Beschäftigung. Für 72 Prozent von ihnen ist Arbeit sehr wichtig. 40 Prozent beklagen die Verschlechterung zwischenmenschlicher Beziehungen. 47 Prozent der Alleinerziehenden im Osten und 33 Prozent im Westen bewerten die Entwicklungen seit der deutschen Einheit negativ. Aber knapp 40 Prozent gehen von einer Verbesserung in den nächsten Jahren aus.

³ Ebd., S. 28.

⁴ Ebd., S. 38.

GENERATIONENUNTERSCHIEDE

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Daten des Sozialreports generativ zu lesen. Das heißt, es werden dazu nur die hier vorliegenden Daten berücksichtigt. Eine ausführlichere Diskussion darüber müsste zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

DIE GENERATION UNTER 30

Für fast alle Untersuchung sind die unter 30-Jährigen die spannendste Gruppe, weil sich bei dieser Kontinuität und Veränderungen von Werten in besonderer Weise sichtbar werden. Nicht zu Unrecht werden deshalb dieser Generation immer wieder neue Namen zugeschrieben. So entdeckte man die Generation X, die nach 1965 Geborenen, die Generation Y, jene, die in den 1980er Jahren auf die Welt kamen, und neuerdings ab Mitte der 1990er Jahre die Generation Z.

Im vorliegenden Sozialreport bleiben alle Generationen namenlos, so auch die der unter 30-Jährigen. In dieser Generation ist jeder Fünfte von Armut betroffen oder von Armut bedroht. Im Laufe der Jahre hat in dieser Altersgruppe das Selbstverständnis, Ostdeutsche/r zu sein, abgenommen. 2013 gaben nur noch weniger als die Hälfte der unter 30-Jährigen in den neuen Bundesländern an, mit Ostdeutschland stark oder ziemlich stark verbunden zu sein. Gleichzeitig nimmt jedoch auch die Verbundenheit mit der Bundesrepublik deutlich ab. Immerhin sehen sich 44 Prozent als «Bundesbürger», 49 Prozent sehen sich weder als «Bundesbürger» noch als frühere DDR-Bürger. 43 Prozent der Ostdeutschen und 64 Prozent der Westdeutschen, die sich in Ausbildung befinden oder studieren, fühlen sich mit ihrem Bundesland verbunden. Dafür verstehen sich in dieser Gruppe der Ostdeutschen 45 Prozent als Europäer. 44 Prozent dieser Altersgruppe in Ost und West haben Vertrauen in die Justiz beziehungsweise in die Polizei. Damit liegen ihre Werte deutlich höher als der Durchschnitt Ost mit 33 Prozent. Noch mehr Vertrauen bringen die Ostdeutschen dieser Altersgruppe der Polizei entgegen. Im Westen liegen die Durchschnittswerte mit 51 Prozent in Bezug auf die Gerichte und mit 50 Prozent in Bezug auf die Polizei noch deutlich darüber. Vertrauen in den Bundespräsident setzen 26 der Ostdeutschen dieser Altersgruppe, 36 Prozent geben an, kein Vertrauen in diesen zu haben.

Nur 12 Prozent im Osten und 13 Prozent im Westen glauben an eine Einkommensangleichung in den nächsten zehn Jahren. Mehr als 40 Prozent der Ost- und Westdeutschen dieser Altersgruppe sehen nur noch geringe Unterschiede zwischen Ost und West. Bei den Auszubildenden und Studierenden liegt dieser Wert bei 50 Prozent im Osten und bei 53 Prozent im Westen. Die Durchschnittswerte für «geringe Unterschiede» betragen 24 Prozent in den ostdeutschen Bundesländern und 41 Prozent in den westdeutschen Bundesländern. Für 55 Prozent der Ostdeutschen und für 62 Prozent der Westdeutschen dieser Altersgruppe ist Freiheit der höchste Wert. Im Gegensatz dazu ist der Wert soziale Sicherheit (mit nur 15 Prozent Zustimmung unter Ost- und 6 Prozent unter Westdeutschen) deutlich nachgeordnet. Die Berufstätigkeit verliert bei dieser Altersgruppe ihre zentrale Bedeutung. So ist nur für 60 Prozent der unter 30-Jährigen Arbeit sehr wichtig, im Vergleich zu 72 Prozent der 50- bis 59-Jährigen. Für 80 Prozent der Menschen im Osten und 77 Prozent im Westen sind Kinder entweder sehr wichtig oder wichtig. Das gilt das für junge Leute unter 30 nur noch für 41 Prozent im Osten, aber für 69 Prozent im Westen.

DIE ALTERSGRUPPE ZWISCHEN 30 UND 49 JAHREN

In dieser Altersgruppe sehen sich im Osten der Republik 16 Prozent und im Westen 20 Prozent von Armut bedroht. 65 Prozent dieser Altersgruppe in den neuen Bundesländern verstehen sich noch als Ostdeutsche. Es sind diejenigen, die zur Wendezeit zwischen 15 und 24 Jahre alt waren, ihre Kindheit und Jugend in der DDR-Gesellschaft verbracht hatten, durch diese maßgeblich geprägt waren und zu einem Großteil, als die DDR unterging, ihre Ausbildung beziehungsweise ihr Studium gerade beendet hatten und sich einem völlig veränderten Arbeitsmarkt stellen mussten. Für viele von ihnen bedeutet das Ende der DDR, unmittelbar mit dem Niedergang der dortigen Industrie, der völligen Umgestaltung des Dienstleistungssektors und der öffentlichen Verwaltung konfrontiert zu sein. Nur einem Teil dieser Altersgruppe ist die berufliche Neuorientierung gelungen. Noch 2001 lag ihre Arbeitslosenquote bei über 30 Prozent. Vor allem die Älteren dieser Altersgruppe traf die ungebremste Wucht des Zusammenbruchs der DDR, und ein Großteil sah sich von den Entwicklungen nach der Wende und den Möglichkeiten des neuen Arbeitsmarktes enttäuscht. 35 Prozent der Ostdeutschen dieser Altersgruppe beklagen die Verschlechterung der zwischenmenschlichen Beziehungen.

Während sich von den heute 30- bis 44-Jährigen knapp 40 Prozent als Bundesbürger verstehen, sind es in der nächsten Altersgruppe ab 45 Jahren nur noch 31 Prozent. Das Vertrauen in die politischen Institutionen ist wie bei allen anderen Generationen schwach. Lediglich 36 Prozent setzen ihr Vertrauen in den Bundespräsidenten, 26 Prozent tun dies nicht. Nur 19 Prozent der 30- bis 34-Jährigen im Osten und 20 Prozent im Westen glauben an eine Einkommensangleichung in den nächsten zehn Jahren. Bei den 35- bis -49-Jährigen liegen die Werte auf ähnlichem Niveau. Im Westen liegen sie bei dieser Altersgruppe deutlich höher zwischen 24 und 37 Prozent. Für 55 Prozent Ostdeutschen und für 68 Prozent der Westdeutschen ist Freiheit der wichtigste Grundwert. Soziale Sicherheit ist nur für ein Drittel der Ostdeutschen dieser Altersgruppe und nur für jeden vierten dieser Altersgruppe West wichtig.

ZUR ALTERSGRUPPE ZWISCHEN 50 UND 64 JAHREN

In den ostdeutschen Bundesländern leben 20 Prozent dieser Altersgruppe in Armut oder sind von Armut bedroht. Im Westen sind es 11 Prozent. Die Zahl derer, die Geldvermögen haben, ist in Ost und West jedoch gleich. Danach verfügen über 46 Prozent in dieser Altersgruppe über Geldvermögen. Dennoch sind nur 39 Prozent der Ostdeutschen und 45 Prozent der Ostdeutschen dieser Gruppe mit ihrer eigenen Wirtschaftslage zufrieden.

66 Prozent der Altersgruppe in den neuen Bundesländern sehen sich noch als Ostdeutsche, und nur 17 Prozent gehen von einer Einkommensangleichung in den nächsten zehn Jahren aus, im Westen sind es 38 Prozent. Jeder fünfte Ost- und jeder zehnte Westdeutsche dieser Gruppe glaubt, dass es noch in 50 Jahren gravierende Unterschiede zwischen Ost und West geben wird. 36 beziehungsweise 35 Prozent vertrauen dem Bundespräsidenten. 18 Prozent der Ostdeutschen sind zufrieden mit der Demokratieentwicklung in Deutschland, unzufrieden zeigen sich 39 Prozent. Im Westen sind immerhin 30 Prozent zufrieden und nur 27 Prozent unzufrieden. Dennoch sind 37 Prozent dieser Altersgruppe im Osten und 42 Prozent im Westen stark an Politik interessiert, allerdings sind nur 13 Prozent in Ost und West einverstanden mit ihren politischen Einflussmöglichkeiten. Für 45 Prozent der Ost- und 68 Prozent der Westdeutschen ist Freiheit der höchste Wert. Unter den Ostdeutschen dieser Altersgruppe rangiert soziale Sicherheit knapp auf dem ersten Platz (für 51 Prozent ist dies der wichtigste Wert).

Nur 6 bis 7 Prozent dieser Altersgruppe in Ost und West erwarten für sich Verbesserungen in der Zukunft, während 32 Prozent von weiteren Verschlechterungen ausgehen. Im Westen liegen die Werte ähnlich: Nur 6 Prozent erwarten Verbesserungen, aber 31 Prozent Verschlechterungen. Diese Altersgruppe beurteilt die Entwicklung der Demokratie in Deutschland am kritischsten.

DIE RENTNERGENERATION

51 Prozent der über 65-Jährigen ziehen eine positive Bilanz der deutschen Einheit, jede/r Vierte gibt an, sich seit der Vereinigung wohler zu fühlen. 54 Prozent der ostdeutschen Rentner besitzen Geldvermögen, im Westen sind es 51 Prozent. In den ostdeutschen Bundesländern leben 8 Prozent dieser Altersgruppe in Armut und mit Armutsrisiko 6 Prozent. Im Westen sind die Werte niedriger: 4 Prozent beziehungsweise 9 Prozent. Trotz dieser geringen Unterschiede in der Sozialstruktur ist für 65 Prozent der Ostdeutschen, aber nur für 44 Prozent der Westdeutschen die soziale Frage die wichtigste. Für die Westdeutschen über 65 Jahren ist mit 71 Prozent Freiheit der höchste Wert, bei den Ostdeutschen ist dies nur in 45 Prozent der Befragten der Fall.

In den neuen Bundesländern verstehen sich fast 80 Prozent der über 65-Jährigen noch als Ostdeutsche und nur 28 Prozent als «Bundesbürger». Nur 28 Prozent von ihnen im Osten erwarten eine Einkommensangleichung in den nächsten zehn Jahren, unter den Westdeutschen sind es 61 Prozent. Während 45 Prozent der Generation über 65 Jahre in Westdeutschland vorgeben, volles und viel Vertrauen in die Gerichte zu haben, sind dies in Ostdeutschland nur 24 Prozent. In Bezug auf die Polizei gibt es eine noch größere Varianz: Fast drei Viertel (73 Prozent) der Westdeutschen dieser Altersgruppe bekunden viel oder volles Vertrauen in die Polizei, unter den Ostdeutschen nur 38 Prozent. Auch in Bezug auf die Medien finden sich ähnliche Unterschiede. Hier haben 58 Prozent der Westdeutschen volles oder viel Vertrauen, während dies bei den Ostdeutschen nur bei 42 Prozent der Fall ist. 59 Prozent der westdeutschen Rentner haben Vertrauen in den Bundespräsidenten, bei den ostdeutschen Rentnern sind es 42 Prozent. Bezogen auf den

Bundestag und die Bundesregierung sind die Werte im Vergleich zu den anderen Generationen etwas besser: Immerhin haben von dieser Generation 20 Prozent der Ostdeutschen und 32 Prozent der Westdeutschen Vertrauen in den Bundestag, und 28 beziehungsweise 39 Prozent gaben an, der Bundesregierung zu vertrauen.

EIN VORLÄUFIGES (WERTEORIENTIERTES) FAZIT

25 Jahre nach der Wende gibt deutlich mehr «Zufriedene» in Ost und West, mehr Menschen, die sich als Gewinner denn als Verlierer der deutschen Einheit begreifen. Fast die Hälfte aller Bewohner zählt sich zu den Gewinnern, während nur 18 Prozent der Ostdeutschen und 22 Prozent der Westdeutschen sich als Verlierer sehen. Diese sind zu einem großen Teil arbeitslos, leben in Armut oder sind von Armut bedroht. Viele haben nur einen niedrigen oder gar keinen Bildungsabschluss.

Der Sozialreport und andere Studien zeigen, dass in Deutschland seit 2006 die Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen wächst, ungeachtet der wirtschaftlichen Krise zwischen 2009 und 2011. Vor diesem Hintergrund treten heute die tiefgreifenden Folgen der sozialpolitischen Einschnitte von 2003 bis 2005, deren Höhepunkt die Durchsetzung der Hartz-Gesetze darstellte, noch deutlicher hervor. Gerade die Langzeitbefunde des Sozialreports zu den Einstellungen der Ostdeutschen deuten auf eine zweite tiefe Verunsicherung nach dem Umbruch Ende der 1989er Jahre hin. Das heißt für die Herausbildung einer neuen politischen Linken in diesem Land, dass sie zu einem Zeitpunkt erfolgte, der sich von der heutigen Situation trotz wachsender sozialer Spaltung deutlich unterscheidet.

Trotz mehrheitlicher Zufriedenheit ist es bedenklich, wenn heute zwischen 40 und 50 Prozent der Befragten angeben, dass sie in den Bereichen Arbeit, bei der Entwicklung der Löhne und Einkommen, beim Wohnen und beim Thema sozialer Gerechtigkeit Verschlechterungen befürchten. Über zwei Drittel bangen demnach um ihre finanzielle Altersabsicherung. Vor diesem Hintergrund sind auch die geringen Zustimmungswerte in Bezug auf die politischen Institutionen problematisch. Derzeit ist für 73 Prozent der Ostdeutschen und 86 Prozent der Westdeutschen Demokratie ein hohes Gut. Aber 39 Prozent im Osten und 27 Prozent im Westen sind mit ihrem Zustand unzufrieden. Fast jeder Dritte in den ostdeutschen Bundesländern und jeder Vierte im Westen erwartet diesbezüglich Verschlechterungen. Es sei egal, wer regiert, «Wirtschaft und Lobby bestimmen sowieso» ist eine Aussage, der 67 Prozent der Ostdeutschen und 55 Prozent der Westdeutschen zustimmen. Nahezu erschreckend ist das mangelnde Vertrauen in die politischen Institutionen. Lediglich ein Drittel – bei Erwerbslosen liegt dieser Wert noch deutlich darunter – bekundet Vertrauen in den Bundesrat, den Bundestag und die Bundesregierung. Wenn man überhaupt noch jemanden vertraut, dann denen, die man kennt, das heißt den Politikern auf Landes- und Gemeindeebene. Aber auch dort sind die Vertrauenswerte eher gering.

Immerhin sehen 43 Prozent der Ostdeutschen und 54 Prozent der Westdeutschen, dass die Mitwirkung des Einzelnen an der Demokratie erforderlich ist, und etwa ein Viertel der Befragten stimmt zu, dass Wählen gehen allein nicht reicht. Als stärkste Mittel der Einflussnahme wird die Teilnahme an Volksabstimmungen gesehen. Es folgen die Teilnahme an Wahlen, an Streiks und die Mitarbeit in Organisationen und Vereinen. Die Mitarbeit in Parteien als Mittel der politischen Einflussnahme wird erstaunlich hoch gewichtet angesichts der weit verbreiteten Ablehnung politischer Institutionen.

Wie auch immer: Die Linken müssen dringend die Demokratiefrage stärker in den Fokus ihrer Strategien stellen und diese mit der Frage der sozialen Gerechtigkeit konzeptionell und praktisch verbinden. Immerhin ist soziale Gerechtigkeit für die Mehrheit der West- wie Ostdeutschen der zweitwichtigste Grundwert – nach der Freiheit. Der Wert der Freiheit hat seit 2010 in beiden Landesteilen noch einmal an Bedeutung gewonnen, im Gegensatz zu den Werten Gleichheit und Solidarität. Das bedeutet, wenn Linke in welchem Zusammenhang auch immer Solidarität einfordern, wird dies nur dann mobilisierend wirken, wenn Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Freiheit nicht gegeneinander gestellt werden. Die Partei DIE LINKE hat dies ja bereits programmatisch formuliert als Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung in Form des «selbstbestimmte[n] Mensch[en] in sozialer Sicherheit und Solidarität». Die Frage ist nur, wie kommen wir dorthin und wie kann man diesen Weg in einzelne Schritte übersetzen, ohne sich in den Mühen der Ebenen zu verlieren? Vielleicht sollte man die Überlegungen zu «Freiheitsgütern» – wobei soziale und Freiheitsrechte wie Ansprüche auf Arbeit und Erwerb, Bildung und Kultur, eine erträgliche Umwelt und individuelle Entwicklung zusammengedacht werden – neu aufgreifen, verstärkt auch in Auseinandersetzung mit den GRÜNEN, den neuen «Linksliberalen». Dabei ist allerdings zu bedenken, dass es hinsichtlich der Werte zwischen den so-

zialen Milieus, zwischen Ost und West und zwischen den Altersgruppen erhebliche Unterschiede gibt. Dies zeigt sich nicht zuletzt bei den Ostdeutschen verschiedener Generationen.

Auch 25 Jahre nach der Wende bestehen soziale, politische und kulturelle Differenzen fort, die sich auch in den Einschätzungen des Zustands der deutschen Einheit niederschlagen, aber auch weit darüber hinaus in unterschiedlich gewichteten Zielen, Wünschen und Werten der Menschen. Noch immer verstehen sich 66 Prozent der Bevölkerung in den neuen Bundesländern als Ostdeutsche. Dieser Anteil geht allerdings zurück. Unter den 30-Jährigen vertritt nur noch etwa ein Drittel diese Haltung. Dennoch bleibt dieses Selbstverständnis weiterhin prägend und reproduziert sich nicht zuletzt aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen und anhaltender Ost-West-Differenzen in Bezug auf Einkommen, Vermögen, Arbeitslosigkeit und Chancen beruflichen Aufstiegs. Auch die mediale Verengung der DDR auf ihre politische Dimension ist hier von Bedeutung. So sehen laut einer aktuellen bundesweiten Umfrage des Statistischen Bundesamtes 57 Prozent der Ostdeutschen die DDR nicht als Unrechtsstaat. Nur 30 Prozent stimmen dieser Aussage zu.⁵ Gleichzeitig begreifen sich nur 33 Prozent der Ostdeutschen als «Bundesbürger».

Im Verlaufe der letzten Jahre werden die sozialen Spaltungen verstärkt als grundsätzliches Problem in beiden Teilen des Landes wahrgenommen. Es ist daher folgerichtig, dass neben dem Ost-West- der Nord-Süd-Vergleich an Bedeutung gewinnt (ohne den anderen zu verdrängen). Darüber hinaus wächst die Zustimmung zu der Forderung, die strukturschwachen Regionen in beiden Teilen des Landes zu fördern und sich nicht weiter ausschließlich auf den «Aufbau Ost» zu konzentrieren. Bedenklich sind die hohen Zustimmungswerte zu Aussagen, wonach die sozialen Ungleichheiten größer beziehungsweise auch noch in 50 Jahren vorhanden sein werden. Dahinter steht längst die Befürchtung, dass es eine Angleichung an westdeutsche Lebensstandards auf dem Stand der späten 1980er Jahre nicht mehr geben wird, weder für die Ostdeutschen noch für die in beiden Teilen des Landes nachwachsenden Generationen. Die Lebenswelt der heute unter 30-Jährigen ist durch neue soziale, kulturelle und technische Umbrüche, Selbstverständlichkeiten und Normalitäten geprägt, darunter prekäre Lebens-, Lern- und Arbeitsbedingungen, hervorgerufen durch die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge, durch die Hartz-Gesetze und viele Maßnahmen, die von der Regierung Merkels verabschiedet wurden. In den ostdeutschen Bundesländern haben viele Menschen oft nur noch vermittelt über die Elterngeneration den Systembruch erlebt. Wichtig wäre deshalb, die Vorstellungen von gleichwertigen Lebensweisen generationsübergreifend zu diskutieren, um auf dieser Grundlage das Neue der sozialen Idee der Linken herauszuarbeiten.

Der vorliegende Sozialreport 2014 bietet eine Reihe von Daten zum besseren Verständnis dessen, was Menschen in Ost und West, ob jung oder alt, ob mit oder ohne Arbeit, ob mit Familie oder alleinerziehend bewegt und wichtig ist. Diese Daten als Grundlage einer linken Gesellschaftsanalyse heranzuziehen und für die Formulierung neuer politischer Bildungs-Angebote zu nutzen, ist allemal lohnenswert.

⁵ Vgl. War die DDR ein Unrechtsstaat. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/70712/umfrage/beurteilung-der-ddr-als-ein-unrechtsstaat-in-west-und-ost/>.